

Protokoll
über die Bezirksamtssitzung Nr. 41/2018
am 13. November 2018

Anwesend:

Bezirksbürgermeisterin	Richter-Kotowski
Bezirksstadtrat	Karnetzki
Bezirksstadtrat	Mückisch
Bezirksstadträtin	Schellenberg
Bezirksstadträtin	Böhm

für das Rechtsamt	Mäder
Steuerungsamt	Finck

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden folgende TOP ergänzt bzw. verändert:

Der TOP 2 wird abgesetzt.

- 3a) Besprechung der Tagesordnung der Sitzung der BVV am 14.11.2018
 - 4b) Besprechung der Zuständigkeit Beschluss Nr. 572/V und 560/V
 - 4h) Terminierung für die Haushaltsberatungen
 - 4i) Flaggenaktionstag gegen Gewalt
 - 4j) Fotos des Bezirksamtes
 - 4k) HoWoGe-Rahmenvertrag
 - 4l) Schmarjestaße 14
 - 4m) Quartiersmanagement in Steglitz-Zehlendorf
-

1. Annahme des Votums des Auswahlgremiums zur Verwendung von Projektmitteln aus dem Integrationsfonds nach dem Masterplan für Integration und Sicherheit für das Jahr 2018

B-Nr. 366 / 2018
JugGes Dez

Das Bezirksamt beschließt die Vorlage einstimmig.

2. Beschluss Nr. 83/V (Drucksache Nr. 0172/V)
der BVV Steglitz-Zehlendorf vom 17.05.2017
Aktive Erinnerungskultur

Der TOP wird abgesetzt.

3. BVV-Beschluss Nr. 155/V vom 19.07.2017
Parks Range IV – Wertsteigerung ermitteln
Drucksache NR. 0211/V (neu)

B-Nr. 367 / 2018
BzBm

Das Bezirksamt beschließt die Vorlage einstimmig.

3a Besprechung der Tagesordnung der Sitzung der BVV am 14.11.2018

Die Tagesordnung der Sitzung der BVV am 14.11.2018 wird besprochen und die Zuständigkeiten für die Beantwortung der drei Einwohner-, drei großen und 15 kleinen Anfragen festgelegt.

Das Bezirksamt bespricht, dass zukünftig kleine Anfragen und Einwohnerfragen nur noch kurz beantwortet werden, um den Arbeitsaufwand der Verwaltung durch die große Anzahl von Anfragen zu reduzieren.

Frau Mäder führt dazu aus, dass dies auch von der Kommentierung gestützt wird.

4. Aussprache

a) Schriftliche Beantwortung von Einwohnerfragen

BzStR Schellenberg führt an, dass die BVV die schriftliche Beantwortung der nicht behandelten Einwohneranfragen fordert. Dies soll analog des §25 Abs. 6 der GO der BVV zu kleinen Anfragen erfolgen.

BzStR Karnetzki bewertet dies ebenfalls als problematisch aufgrund der Anonymität der Einwohneranfragen. Sofern eine schriftliche Beantwortung gewünscht wird, kann sich der Fragesteller bzw. die Fragestellerin schriftlich an das Bezirksamt wenden. Auch die kurze Frist von einer Woche wird kritisch beurteilt.

Das Bezirksamt bittet Frau Mäder um eine Prüfung des Sachverhalts. BzBm Richter-Kotowski würde dann einen entsprechenden Brief an den BVV-Vorsteher fertigen.

b) Besprechung der Zuständigkeit der Beschlüsse Nr. 572/V und 560/V

- Beschluss Nr. 572/V (Drs. Nr. 677/V) „Queeres Leben in Steglitz-Zehlendorf“:

Der Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie wird von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung verantwortet und gibt keinen Hinweis auf die bezirkliche Zuständigkeit.

Hauptsächlich tangiert der Beschluss die Bereiche Jugend, Gesundheit, Soziales und Frauenbeauftragte.

Das Bezirksamt sieht keine Zuständigkeit beim Bezirksamt und diskutiert das weitere Vorgehen.

BzBm Richter-Kotowski bittet die entsprechenden Bereiche sich auf die Zuordnung zu einigen.

- Beschluss Nr. 560/V (Drs. Nr. 850/V) „Zweiter Ausgang für den S-Bahnhof Botanischer Garten“:

Die Klärung der Zuständigkeit wird vertagt.

c) Flüchtlingsunterbringung

BzBm Richter-Kotowski berichtet, dass sie letzte Woche mit BzStR Böhm die Flüchtlingsunterkünfte im Hohentwielsteig besucht hat. Sie kritisiert, dass die Flüchtlingsunterkünfte im Hohentwielsteig freie Plätze (ca. 70) aufweisen und die Unterkünfte in der Leonorenstraße und der Bäkestraße immer noch nicht bezogen wurden, der Bezirk aber gleichzeitig unter Druck gesetzt wird, weitere Flüchtlingsstandorte zu benennen.

Sie informiert das Gremium über ihr Schreiben vom 06.11.2018 an den Finanzsenator Dr. Kollatz, in dem sie am Hohentwielsteig mehr Baufläche für Wohnungen anbietet, wenn die Anzahl der Flüchtlinge am Beelitzhof reduziert wird und die Flüchtlinge im Rahmen des integrierten Wohnens in einer Wohnanlage untergebracht werden. Sie hofft, dass StS Dr. Sudhoff endlich versteht, dass das Grundstück Hohentwielsteig und Potsdamer Chaussee 101 dasselbe Grundstück sind.

d) Änderung der Umsatzsteuerpflicht

BzStR Schellenberg fragt nach der Umsetzung mit entsprechenden Schulungen dieser Änderungen.

BzBm Richter-Kotowski berichtet, dass in der letzten Finanzstadträtesitzung ein entsprechendes Schreiben verteilt wurde, in der die von der Einführung der Umsatzsteuer betroffenen Bereiche aufgeführt sind. Die Thematik wird über die Senatsverwaltung gesteuert. Der Bezirk ist in dieser AG mit Dr. Riedel vertreten.

Hr. Finck ergänzt, dass im Finanzservice eine Revisorenstelle für den Bereich der Umsatzsteuer ausgeschrieben ist und Inhouse-Schulungen ab dem Jahr 2019 geplant sind.

Problematisch ist auch, dass Produkte und Leistungen beispielsweise vom ITDZ teurer werden.

e) Das Haus Gardeschützenweg/Hindenburgdamm

BzStR Karnetzki kritisiert, dass er nicht über den Vorgang zur „**Betreuung**“ des Eigentümers informiert wurde. BzBm Richter-Kotowski weist darauf hin, dass es sich um einen Vorgang des Stadtentwicklungsamtes handelt und ihr nicht bekannt ist, dass das Wohnungsamt weitere Verfahren eingeleitet hat. Aufgrund der Gefährdung, die immer wieder von dem Haus ausgeht, hält sie den Schritt der „Enteignung“ für opportun.

BzStR Karnetzki würde die Verhängung eines weiteren Zwangsgeldes und die Prüfung der Anwendung des Treuhandmodells vorschlagen.

BzBm Richter-Kotowski führt weiter aus, dass das Haus nach Aussage der BWA wegen hoher Unfallgefahr nicht betreten werden sollte.

BzStR Karnetzki sieht in einer besseren Zusammenarbeit des Stadtentwicklungsamtes und des Wohnungsamtes eine mögliche Lösungsfindung. BzBm Richter-Kotowski stimmt dem zu. Ihr geht es um die Beseitigung eines „Schandfleckes“ im Bezirk.

f) Modellprojekte zur bezirklichen Bürgerbeteiligung

BzBm Richter-Kotowski informiert über ein Schreiben vom 22.10.18 der StS für Bürgerliches Engagement und Internationales, das an die BA-Mitglieder verteilt wurde. Danach können für zwei Modellprojekte zur bezirklichen Bürgerbeteiligung Mittel i.H.v. jährlich 300.000 Euro in den Jahren 2018 und 2019 abgerufen werden.

g) Projekt ev. Schule Zehlendorf

BzBm Richter-Kotowski informiert über stattgefundenen Gespräche. Das Grundstück gehört der Evangelischen Kirche. Problematisch ist, dass keine Sporthalle errichtet werden kann und alternative Nutzungen in anderen Schulen ermöglicht werden müssten. Ein weiteres Problem ist die weitere Nutzung des Ökogartens, der ggf. verschoben werden müsste.

Das Bezirksamt diskutiert über das Projekt. BzStR Karnetzki verweist auf eine hohe zu erwartende Verkehrsbelastung. Zuständig für die Genehmigung der Schule ist jedoch der Senat.

h) Terminierung für die Haushaltsberatungen

BzBm Richter-Kotowski berichtet, dass der Bezirkshaushalt 2020/2021 am 13.09.2019 bei SenFin abgegeben werden muss. Evt. muss die BVV vorverlegt werden.

Aktuell überarbeitet Dr. Riedel den Terminplan, um der BVV ein ausreichendes Zeitfenster für die Beratung einzuräumen.

i) Flaggenaktionstag gegen Gewalt

BzBm Richter-Kotowski verweist auf die konkrete Entscheidung der Senatsinnenverwaltung, sodass eine Beflagung nicht möglich ist.

j) Fotos des Bezirksamtes

BzStR Karnetzki bemängelt das unterschiedliche Layout der Fotos des Bezirksamtes. BzBm Richter-Kotowski verweist auf die teilweise schleppende Rückmeldung zu den Fotos. Sie wird dies mit Frau Pütsch besprechen.

k) HoWoGe-Rahmenvertrag

BzStR Schellenberg berichtet über den Vertragsinhalt, der die Abgabe von Grundstücken in Erbbaurecht regeln soll und eine Nichtbeteiligung des RdB im Gespräch ist. Sie bewertet dies gemeinsam mit BzBm Richter-Kotowski als sehr problematisch, dass eine politische TaskForce über diesen Sachverhalt entscheiden soll und die Bezirke nicht einbezogen werden.

BzBm Richter-Kotowski ergänzt aus der Finanzstadträtesitzung, dass besprochen wurde, welche Teile der pauschalen Investitionen für Schulen angerechnet werden, damit noch finanzielle Mittel für andere Bereiche verwendet werden können.

Für höhere Kosten im Schulbau wird die Freigabe in der Regel erteilt werden.

Das Bezirksamt diskutiert die problematische Verfahrensweise und die politisch geprägten Aussagen und Entscheidungen ohne Einbindung der Bezirke.

l) Schmarjestraße 14

BzBm Richter-Kotowski berichtet, dass sie über die Presse über den Beschluss zur einstweiligen Verfügung Kenntnis bekam. Erstaunlich ist, dass ohne eine Anhörung ein Rechtsanwalt Krause einen derartigen Beschluss erhält und diesen in das Grundbuch eintragen lässt.

Das Rechtsamt wird den Vorgang prüfen. BzStR Schellenberg bemängelt das öffentliche Auftreten einzelner Bezirksamtsmitglieder und erinnert daran, dass das Bezirksamt nach außen als Gremium aufzutreten hat.

m) Quartiersmanagement in Steglitz-Zehlendorf

BzStR Böhm kritisiert, dass das Bezirksamt keine Informationen darüber erhalten hat, dass ein Antrag auf Quartiersmanagement für Lichterfelde-Süd gestellt wurde.

BzBm Richter-Kotowski entgegnet, dass es sich hierbei um ein kompliziertes jahrelanges Verfahren handelt und die bloße Antragstellung erstmal keine wesentliche Aussagekraft hat. Es handelt sich dabei um eine Überprüfung der Aussagen, dass die Thermometersiedlung „abrutscht“. Diese Überprüfung ist ein normales Verwaltungshandeln. Sie wird jedoch zukünftig über das Thema berichten und das Schreiben den Bezirksamtsmitgliedern zur Verfügung stellen.

5. Mitteilungen

Die Personalversammlung findet am 21.11.18 mit der Podiumsdiskussion der Bezirksamtsmitglieder statt.

Am 23.11.2018 ist der Strategietag mit den Führungskräften im Gutshaus. Die Einladung folgt.

BzBm Richter-Kotowski informiert über den Trägerwechsel der John F. Kennedy-Schule zur Senatsverwaltung.

BzBm Richter-Kotowski informiert über ein Schreiben der Senatsverwaltung für Kultur und Europa vom 24.10.18 sowie ein Schreiben der Senatsfinanzverwaltung zum Projekt „100 zusätzliche Stellen für Wohnungsbau und neue Stadtquartiere“.

Es wurde darin angekündigt, dass davon 35 Stellen auf die Bezirke fallen und Steglitz-Zehlendorf zwei nach E12 dotierte Stellen erhält. In Absprache mit BzStR Schellenberg wird das Umweltamt 0,5 und das Stadtentwicklungsamt 1,5 Stellen erhalten.

65 Stellen scheinen innerhalb dieses Projektes die Senatsverwaltungen zu erhalten.

BzStR Karnetzki informiert über den Stand der Vereinbarung der Termine zum Gender Mainstreaming.

BzStR Karnetzki teilt mit, dass in dem Gebäude Teltower Damm 29

keine Zweckentfremdung besteht.

Er berichtet über ein weiteres Schreiben des StS Scheel zur Mieterberatung, wonach das Beratungshilfegesetz als Grundlage für die Mieterberatung angeführt wurde. Er wird das Schreiben mit Frau Mäder besprechen.

BzStR Karnetzki berichtet über die zwei KGSt-Live-Bewertungsworkshops für Standesbeamte. Die endgültige Bewertung steht noch nicht fest.

Frau Mäder berichtet auf Nachfrage von BzStR Karnetzki, dass Juris zum 01.01.2019 eingeführt wird.

BzStR Schellenberg berichtet auf Nachfrage von BzStR Karnetzki, dass in Räumen des Rathauses Zehlendorf beim Lösen des Teppichs Asbest gefunden wurde. Die entsprechenden Stellen wurden ausgelagert und die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt.

BzStR Schellenberg informiert, dass sie heute zur Bürgerveranstaltung Zehlendorf-Mitte geht.

BzStR Schellenberg berichtet über Gelder, die die Senatswirtschaftsverwaltung für Ordnung und Müll im Außenraum auf der Grundlage des Beschlusses „Saubere Stadt“ zur Verfügung stellt.

-
6. Verschiedenes
Keine Wortmeldungen

Die nächste BA-Sitzung findet am 20.11.2018 statt.

Richter-Kotowski
Bezirksbürgermeisterin

Gruner
Protokollant